

Vorab-Auszug¹



¹ PIEPER, R., LANG, K.-H. (Hrsg.):
Sicherheitswissenschaftliches Kolloquium 2011 – 2012 (Band 8)
Forschungsbericht - Nr. 28, Institut ASER e.V., Wuppertal, Mai 2013, ISBN 978-3-936841-25-1
(s.a. www.institut-aser.de/out.php?idart=1288)

1 Wie verändert sich die Arbeitswelt im Zeichen der Finanzkrise? (MANFRED ZÖLLMER)

85. Sicherheitswissenschaftliches Kolloquium am 13. November 2012 in Wuppertal

Manfred Zöllmer, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages, Wuppertal / Berlin
Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages,
Verwaltungsratsmitglied der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin),
Vorsitzender des Verbraucherbeirates der Schufa Holding AG

1.1 Einleitung

Es war der 15. September 2008 als Lehman Brothers zusammenbrach. Bis dahin konnte sich niemand vorstellen, dass dies wirklich passieren könnte.

Die dann folgende Finanzmarktkrise als Mutter aller Krisen zu bezeichnen ist vielleicht übertrieben. Sie ist aber sicherlich verantwortlich für vieles, was aktuell die Wirtschaftsentwicklung bestimmt. Man schaue nur auf die neuesten Entwicklungen der Krise in Europa, die ganz wesentlich beeinflusst sind durch die Finanzmarktkrise. Ich spreche ganz bewusst nicht von einer Euro-Krise, denn dem Euro geht es nämlich gut.

Die Finanzmarktjongleure haben uns die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit beschert. Mit ihrer Casinomenalität haben sie sich schlichtweg verzockt. Im Spätsommer 2008 stand das internationale Finanzsystem und damit die Weltwirtschaft kurz vor dem Zusammenbruch. Ursache dieser Krise war die Marktgläubigkeit der meisten Wirtschaftswissenschaftler und die Gier der meisten Manager in dieser Branche. Geld sollte mit Geld verdient werden – mit Wetten.

Im Jahr 1980 betrug das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) 10,1 Billionen Dollar und die globalen Finanzanlagen betragen 12 Billionen Dollar. Im Jahr 2007 betrug das globale BIP 55,5 Billionen Dollar und die Finanzanlagen 197 Billionen Dollar.

Wir können es nicht den Wissenschaftlern und den Managern, die uns in diese Krise manövriert haben, überlassen, diese Krise auch noch zu bewältigen. Es ist jetzt Aufgabe der Politik, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Diese Krise hat zu einer völligen Neubewertung der Aktivitäten von Banken und Finanzmärkten geführt. Das betrifft die ökonomische Theorie, aber auch die Rolle des Staates in einem marktwirtschaftlichen System.

Der Stress begann irgendwo in den Weiten der USA und erreichte Deutschland in Gestalt des Zusammenbruchs der IKB Deutsche Industriebank AG. Man erinnere sich an die Schlangen vor der britischen Bank Northern Rocks, den Zusammenbruch der US-amerikanischen Bear Stearns, die deutschen Landesbanken und natürlich Lehman Brothers. Die Commerzbank, die Hypo Real Estate und andere mussten gerettet werden. Nach dem 15. September war jedem klar, wie gravierend die Krise wirklich war. Sie wurde verursacht von einem Finanzmarkt, über den es später hieß: *Kein Risikobewusstsein, keine Kontrolle, keine Moral!*

1.2 Ursachen der Krise

Ein Blick auf das Ursachenbündel der Krise zeigt:

- To big to fail: Banken und andere Unternehmen gelten als systemrelevant oder too big to fail (englisch: „Zu groß, um zu scheitern“), wenn sie so groß sind, dass ihre Insolvenz für die Volkswirtschaft teurer ist als die gemeinschaftlichen Kosten für die Rettung vor der Insolvenz. Sie werden vom Staat oder von internationalen staatlichen Organisationen gerettet, um eine weiterreichende Gefahr für die gesamte Volkswirtschaft bzw. das gesamte Wirtschaftssystem durch ihre Insolvenz abzuwenden.
- Geld war viel zu billig.
- Toxische Papiere (Toxic Assets): Gemeint sind Verbriefungen und Verbriefungen von Verbriefungen: CDO`s (Collateralized Debt Obligations), CDS (Credit Default Swaps – Kreditausfallversicherungen). Der CDS-Markt (Kreditausfallversicherungen) wuchs zwischen 2002 bis 2007 von 2 Billionen Dollar auf 60 Billionen Dollar.
- Viele Vorstände von Banken wussten nicht, was sie sich da ins Portfolio geholt haben. Die deutschen Landesbanken hatten zu viel Geld und wussten nicht wohin damit.
- Spekulation und Immobilien-Blasen (USA, Spanien).
- Mangelnde Aufsicht und Rivalität (BaFin und Bundesbank).
- Jagd nach Rendite und Boni. Es ging um unvorstellbare Summen.
- Willfährige Rating-Agenturen. Sie verdienten am Rating. Jeder Schrott wurde mit AAA bewertet.

- Zweckgesellschaften – außerbilanzielle Aktivitäten.
- Bankvorstände erfinden Produkte, Aufsichtsräte genehmigen, Rating-Agenturen bewerten, Zentralbanken geben Geld, Unternehmen verkaufen Forderungen, Anleger und Sparer sind auf der Jagd nach der höchsten Rendite sowie Politik und Aufsichtsbehörden schaffen den Rahmen. So lief es.

„Vielleicht ist die unsichtbare Hand auf vielen Märkten deshalb unsichtbar, weil es sie gar nicht gibt.“, formulierte Joseph E. Stiglitz¹.

Diese Krise ist auch eine Krise der ökonomischen Theorie, die von der Allmacht der Märkte ausgeht. Sie ist vor allem eine Krise der liberalen und neoliberalen Theorie, der derzeit herrschenden Lehre.

Märkte werden von Menschen gemacht – oder von Computern, die wiederum von Menschen programmiert werden – und Menschen verhalten sich häufig nicht rational. Erst jetzt beginnen sich relevante Teile der ökonomischen Zunft darauf zu besinnen, dass der Mensch kein absolut rational handelndes Wesen ist, das alle vorhandenen Informationen optimal verarbeitet. Im Gegenteil verhält er sich häufig eher wie ein Herdentier, das den anderen auch denn noch nachläuft, wenn schon alles zu spät ist. Das System tendiert eben nicht permanent zu einem Gleichgewicht, wenn man es nur möglichst ungestört agieren lässt. Diese Erkenntnis ist schlecht für die Modellökonomie, obwohl sie schon sehr alt ist.

Je mehr der Finanzmarkt in einem Land sich selbst überlassen war, desto stärker war die dann folgende Rezession, was zahlreiche Studien belegen.

Zukünftig sollte es kein Produkt, keinen Finanzplatz mehr ohne Regulierung geben, forderte dann die G-20². Das war der Ruf nach dem Primat der Politik, nach einem Mehr an Regulierung.

¹ US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler.

² G-20 ist die Gruppe der weltweit zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (Die 19 Staaten Vereinigte Staaten, Volksrepublik China, Japan, Deutschland, Frankreich, Brasilien, Vereinigtes Königreich, Italien, Russland, Kanada, Indien, Australien, Mexiko, Südkorea, Indonesien, Türkei, Saudi-Arabien, Argentinien, Südafrika und die Europäische Union).

1.3 Ziele einer vernünftigen Regulierung

Was musste das Ziel einer vernünftigen Regulierung sein?

1. Zu verhindern, dass eine solche Finanzmarktkrise noch einmal entsteht.
2. Keine Haftung des Steuerzahlers bei einer weiteren Krise.
3. Sand in das Getriebe völlig überhitzter Finanzmärkte zu werfen.

Zu 1.: Zu verhindern, dass eine solche Finanzmarktkrise noch einmal entsteht.

Finanzmärkte werden im Kapitalismus immer krisenanfällig bleiben. Finanzmarktkrisen hat es auch schon in vorkapitalistischen Zeiten gegeben. Die Konsequenz muss daher lauten, die Kollateralschäden möglichst gering zu halten und das Risiko eines Crashes deutlich zu reduzieren.

Das Eigenkapital trägt die Verluste der Geschäftstätigkeit einer Bank und sichert die Zahlungsfähigkeit (Solvenz). Das Kreditwesengesetz schreibt in § 10 vor, dass eine „angemessene Eigenkapitalausstattung“ der Kreditinstitute vorhanden sein muss.

Damit wären wir bei **Basel III**. Ein wesentlicher Baustein einer Neujustierung der Finanzmärkte sind die Vorschläge des sog. Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, der strengere Regeln zur Regulierung des Finanzsystems vorgelegt hat. Im Vordergrund stehen dabei Regelungen zur Eigenkapitalunterlegung. Die EU-Kommission setzt zur Zeit diese Vorschläge in europäisches Recht um, sie sollen dann stufenweise bis 2018 in Kraft treten. Dabei hat die EU-Kommission weitgehend die Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht übernommen, die für international tätige Banken formuliert wurden.

Die beabsichtigte Stärkung der Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung ist notwendig, um die Krisenfestigkeit des Bankensystems zu erhöhen. Die quantitative und qualitative Anhebung der Eigenkapitalausstattung erhöht die Risikovorsorge der Kreditinstitute. Es muss der Grundsatz *“same risk, same rules“* – also gleiches Risiko, gleiche Regeln – gelten.

Wir brauchen eine sogenannte Leverage Ratio, eine nicht risikogewichtete Schuldenobergrenze. Sie ist eine wirksame Maßnahme, um eine ausufernde Fremdfinanzierung der Banken zu verhindern. Sie ist damit eine sinnvolle Ergänzung der risikogewichteten Eigenkapitalunterlegung.

Zu 2.: Keine Haftung des Steuerzahlers bei einer weiteren Krise.

Aus den USA stammt eine Begrifflichkeit – übrigens bereits im Jahr 1914 in einer ersten Finanzkrise geprägt - die heute eine große Rolle spielt: „Too big to fail“. Etwas ist zu groß, um zu scheitern. Oder anders ausgedrückt: etwas ist so groß, dass ein Scheitern einen dramatischen negativen Dominoeffekt für andere Bereiche nach sich ziehen würde.

Genau mit diesem Phänomen sind wir in dieser Finanzmarktkrise konfrontiert worden. Der drohende Zusammenbruch eines systemrelevanten Kreditinstituts könnte dramatische Folgen für die Stabilität des gesamten Finanzsystems haben und unübersehbare negative Folgen für die Gesamtwirtschaft nach sich ziehen. Der Begriff „Bankenrettung“ ist deshalb falsch und irreführend. Es ging um Menschen, Sparer, Arbeitnehmer und Menschen, deren Arbeitsplätze von Krediten abhängen. Sie wurden gerettet, weil wir die Banken gerettet haben. Mit dem Ergebnis, dass ein zentraler Mechanismus, der konstitutiv für eine Marktwirtschaft ist, außer Kraft gesetzt wurde: Risiko und Haftung gehören zusammen.

Wenn ein Unternehmen schlecht wirtschaftet, nicht wettbewerbsfähig ist, muss es vom Markt verschwinden. Wenn das für den Bankensektor nicht mehr gilt, ist das natürlich attraktiv für Anleger unter dem Aspekt der Sicherheit ihrer Einlagen. Und natürlich für Bankmanager, die verleitet werden, besonders risikoreiche und waghalsige Geschäfte zu tätigen, um exorbitant hohe Boni und Gehälter zu finanzieren.

Die Rating-Agenturen tun noch ihr übriges, weil sie wegen der unterstellten Staatshilfe im Notfall höhere Ratings, vergeben und damit den systemrelevanten Instituten finanzielle Vorteile bei der Refinanzierung verschaffen.

Ziel musste es nun sein, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass eine solche Krise sich nicht wiederholt.

Die Quintessenz aus dieser Analyse muss daher für die Politik sein, die „Too-big-to-fail-Doktrin“ zu durchbrechen, indem ein Kreditinstitut in einer Krise filetiert und zerschlagen wird und nur das erhalten wird, was aus Gründen der Systemstabilität erhalten werden muss. Damit sind wir beim Restrukturierungsgesetz. Ein Teil davon betrifft die Bankenabgabe. Der erste Teil des Gesetzes beruht auf den Arbeiten von Brigitte Zypries, der damaligen Bundesjustizministerin, und Peer Steinbrücks, des ehemaligen Bundesfinanzministers. Das Bundeskabinett hat am 2. März 2011, basierend auf einer entsprechenden Ermächtigung im Restrukturierungsfondsgesetz, die Restrukturierungsfonds-Verordnung (RStruktFV) beschlossen. Sie wurde mit Veränderungen als Kompromiss mit dem Bundesrat beschlossen. Auf dieser Grundlage wird künftig die Bankenabgabe erhoben werden.

Wie ist das Ergebnis politisch zu bewerten?

Das Versprechen der Kanzlerin Angela Merkel, die Banken zur Finanzierung der Krise heranzuziehen, wird nicht eingelöst. Der Ansatz einer Bankenabgabe kann nur in der Zukunft wirksam werden. Das Aufkommen ist viel zu gering.

Die aktuelle Bundesregierung geht von einer Einnahme von ca. 1 Milliarde Euro pro Jahr für die Bankenabgabe aus. Das bedeutet, dass es ca. 70 bis 100 Jahre dauert, bis ein ausreichend dimensionierter Betrag für eine mögliche neue Finanzmarktkrise zu Verfügung steht. So lange bleibt der Steuerzahler in der Verantwortung.

Leider ist das Aufkommen real noch deutlich geringer und liegt bei 500 bis 600 Millionen Euro. Es gibt ein Instrument, das wirklich eine Beteiligung des Finanzsektors, nicht nur der Banken, an den Kosten der Krise sicherstellen würde. Dies ist die **Finanztransaktionssteuer**, die wir gebetsmühlenartig seit langer Zeit fordern.

Wir sehen es nicht ein, dass man Mehrwertsteuer auf jede Dose Hundefutter bezahlen muss, dass es im Finanzbereich aber gänzlich ohne geht. Wir sprechen bei einer Steuer von 0,05 % über Einnahmen von ca. 20 Milliarden Euro pro Jahr. Sie belastet die spekulativen, die stark gehebelten Geschäfte und hat damit die gewünschte Lenkungswirkung.

Gespräche mit dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, dem ich angehöre, in Shanghai und Hongkong haben gezeigt: Dort gibt es längst eine Stamp Tax, in Hongkong kommt sie der Finanztransaktionssteuer sehr nahe. Die Erfahrungen sind positiv, der Chef der Hongkonger Börsen machte deutlich, dass er die dämpfende Wirkung der Steuer ausdrücklich begrüßte. Hochfrequenz-Handel (engl. high-frequency trading) sei dort kein Problem, hierzulande aber sehr wohl. Eine Finanztransaktionssteuer würde diesen Spuk beenden. Selbst ein gewisser Herr Prof. Paul Kirchhof – sozialdemokratischer Umtrieb sicherlich völlig unverdächtig – hat sich vehement für eine Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Er hat sogar 1% verlangt.

Wir brauchen auf europäischer Ebene eine Lösung: Eine verstärkte Zusammenarbeit oder Koalition der Willigen.

Die Finanzindustrie hat sich vielfach von der Realwirtschaft entkoppelt. „Viele zweifeln am Geschäftsmodell der heutigen Banken – mittlerweile auch viele Banker“, schrieb das Handelsblatt unlängst.

Eine zweite Weltfinanzkrise wäre für eine Demokratie kaum noch zu bewältigen, und wenn man sich das bisher kaum regulierte Schattenbankensystem und die großen aktuellen Krisenherde anschaut, bleibt die Schlussfolgerung: Es müssen noch viele Leitplanken errichtet werden. Banken müssen wieder ihre dienende Rolle für die Realwirtschaft als zentrale Aufgabe begreifen und dürfen sich nicht als Casino verstehen. Deshalb ist unser Vorschlag: Trennung von Normalbank / Privatkundengeschäft und Casino / Investmentbanking.

Zu 3.: Sand in das Getriebe völlig überhitzter Finanzmärkte zu werfen. Regulierung der Finanzmärkte!

Das Weltsozialprodukt betrug 2010 63 Billionen Dollar – 87 Billionen Dollar betrug das Volumen gehandelter Aktien und Bonds – 601 Billionen Dollar außerbörslich gehandelte Finanzderivate – 955 Billionen Dollar Devisengeschäfte.

Größtenteils handelt es sich hier um OTC-Handel. Damit sind finanzielle Transaktionen zwischen Marktteilnehmern gemeint, die nicht über die Börse abgewickelt werden. **OTC** steht dabei für den englischen Begriff „**O**ver **T**he **C**ounter“, was mit „über den Tresen“ übersetzt werden kann. Der OTC-Handel bezeichnet überwiegend auf elektronischem Wege getätigte Geschäfte. Eigentlich ist die Bezeichnung falsch, denn gehandelt wurde unter dem Tisch über unregelte Märkte. Derivate sind Werten, Werten auf Preise. Derivate können sinnvoll sein, wenn sich zum Beispiel ein Unternehmen gegen Wechselkursrisiken oder Rohstoffpreisschwankungen absichern will. Aber dies ist der geringste Teil des Marktvolumens. Zukünftig sollen die problematischen Transaktionen über zentrale Gegenparteien erfolgen.

1.4 Auswirkungen auf die Realwirtschaft

Wie hat sich diese Krise bisher auf die Realwirtschaft und damit auf die Arbeitsmärkte ausgewirkt?

Rund 30 Millionen Arbeitsplätze sind nach UN³-Angaben bereits durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verloren gegangen. Für 2013 prognostizieren sie den Verlust von weiteren 7 Millionen Arbeitsplätzen. Etwa ein Drittel der Arbeitslosen ist jünger als 25 Jahre. Jährlich erreichen nach Angaben der ILO⁴ ca. 40 Millionen junge Menschen das arbeitsfähige Alter.

³ Vereinte Nationen (engl. United Nations).

⁴ Internationale Arbeitsorganisation (engl. International Labour Organization).

Hier muss man stark differenzieren zwischen Deutschland und dem Rest der Welt. Blicken wir auf Deutschland.

1. Die Arbeitswelt befindet sich seit geraumer Zeit in einem rapiden Wandel. Die Stichworte sind bekannt: Neue Arbeitsverhältnisse (Projekt-, Honorar- und Zeitverträge); mehr Flexibilität, weniger Sicherheit; Demografischer Wandel (derzeit haben wir 44 Millionen Erwerbstätige, 2030 nur noch ca. 38 Millionen Erwerbstätige); Fachkräftemangel (Ingenieur – IT); Bildung (Lebenslanges Lernen); Technologischer Wandel; Anytime – anywhere; Weltmarkt.
2. Seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems kam eine Milliarde Arbeitskräfte neu auf den Weltmarkt und steht in Konkurrenz mit unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Dieser Prozess der Globalisierung geht einher mit einem rapiden Strukturwandel, nicht nur in Deutschland, sondern auch in China.
3. In Deutschland hat es trotz Krise keine Massenarbeitslosigkeit gegeben. Mit Kurzarbeiterregelung, Abwrackprämie und Konjunkturprogrammen hat man hierzulande klug auf die Krise reagiert.

1.5 Auswirkung auf die Finanzindustrie?

Die Regulierung verändert diese Welt. Der Finanzsektor ist kleiner geworden und wird weiter schrumpfen.

Die Bankenbranche steht vor einem Jobkahltschlag. Bis zu 10% der Stellen im Investmentbanking sind zusätzlich bedroht. Bis Anfang dieses Jahres wurden weltweit bereits 100.000 Jobs gekappt. Vor allem in London und New York.

Das gilt auch für die Deutsche Bank. Sie hat vor allem im Investmentbanking erheblich gestrichen. Dabei will die Deutsche Bank beim Universalbankenmodell vom Privatkunden- bis zum Kapitalmarktgeschäft bleiben. Aber sie will auch in Zukunft am Investmentbanking festhalten.

Anders verhält sich die Schweizer Bank UBS, die fünftgrößte Bank Europas, sie will ihr Geschäftsmodell verändern und sich von einem Teil der Zockersparte trennen. Die Entlassung von 10.000 Beschäftigten läuft. Dies ist der radikalste Umbau in einer Bank in Europa – bisher.

Wesentliche Ursache sind die verschärften Eigenkapitalanforderungen für den Investmentbereich. Regulierung wirkt hier, weil die Schweiz die Schraube für ihre Banken noch einmal angezogen hat.

1.6 Schlussfolgerungen

Die Zeiten von Gordon Gecko – wir kennen ihn noch als Michael Douglas verkleidet aus dem Film Wall Street des Jahres 1987 – sind vorbei. Gier ist nicht mehr gut. Im Investmentbanking steckt letztlich zu viel Risiko und kriminelles Potential. Die Manipulation des LIBOR-Zinssatzes⁵ hat dies noch einmal deutlich gemacht.

Kommen wir zur Commerzbank, die verkündet hat, 6.000 Jobs zu streichen. Dort wird händeringend ein adäquates Geschäftsmodell gesucht, neue IT-Technologien ermöglichen den Abbau von Personal in Verwaltungsbereichen der Bank. Die Krise der deutschen Landesbanken (WestLB AG u.a.) ist keinesfalls überwunden. So nicht für Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

Der Weg vom Investmentbanking hin zum realen Kundengeschäft muss konsequent weiter beschritten werden. Dies ist ein steiniger Weg. Der völlig überdimensionierte Finanzsektor wird drastisch schrumpfen, und das ist auch gut so.

Welche Auswirkungen werden die Veränderungen in den Finanzmärkten für andere Sektoren der Volkswirtschaft haben? Zur Beantwortung dieser Frage nehme man eine Glaskugel.

Der Gouverneur der Bank of England, Sir Mervyn King, hat hingegen deutlich gemacht, dass die Folgen der globalen Finanzmarktkrise noch jahrzehntelang spürbar sein werden. Die Industrieländer stehen vor großen Anpassungen nach einer Zeit wachsender Handelsdefizite, gesteigener Verschuldung und zusammenbrechender Bankensysteme. Das war die englische Perspektive. Aus deutscher Sicht wird aus Handelsdefizit ein großer Überschuss.

Kann die Welt (Europa?) in Zukunft mit so großen Ungleichgewichten leben? Die Antwort lautet: Sie wird es müssen! Es ist naiv zu glauben, dass industrielle Strukturen, die verschwunden sind, wieder aufgebaut werden können. Das Beispiel England zeigt es. Dort hieß die Maxime: Industrie kann gehen – Finanzindustrie soll kommen. Deutschland hat diesen Fehler nie gemacht.

Die OECD⁶ hat gerade eine Projektion der Weltwirtschaft bis 2060 veröffentlicht. Ergebnis: Der Aufstieg Asiens ist unaufhaltsam, genauso wie der Abstieg der G7⁷.

⁵ Referenzzinssatz im Interbankengeschäft (engl. London Interbank Offered Rate – LIBOR).

⁶ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (engl. Organisation for Economic Co-operation and Development – OECD).

⁷ Mit G7 wurde die Gruppe der sieben weltweit größten Industrieländer (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich, Japan, Kanada, Frankreich, Italien und Deutschland) bezeichnet. Ab 1998 spricht man von der Gruppe der Acht (G8), da Russland Teilnehmer geworden ist.

In diesem Jahr wird die Wirtschaftsleistung Chinas erstmals größer sein als die der gesamten Eurozone! In weniger als 20 Jahren ist China weltweit die Nummer 1 und Indien produziert dann mehr als die Euro Zone. Prognosen sind deshalb schwierig, weil sie die Zukunft betreffen, möchte man auch an dieser Stelle sagen.

Die Annahmen der OECD-Studie sind: Die aktuelle Krise beschädigt das langfristige Wachstumspotential der Weltwirtschaft nicht, ungeordnete Staatspleiten sind nicht vorgesehen, es gibt weder Handelskriege noch Produktionsausfälle aufgrund von Umweltzerstörung.

Das ist das Liebenswerte an der Ökonomie. Das ist Wissenschaft à la Musikantenstadel. Dort wird einem auch permanent eine heile Welt vorgegaukelt.

Wenn die Ökonomie es nicht schafft, über den Tellerrand ihres Modellbaukastens auf die reale Welt zu schauen, wird ihre Bedeutung gegen Null gehen. Dann ist sie überflüssig, schlimmstenfalls verhindert sie den Kampf gegen die realen Probleme. Wir haben es in der Finanzmarktkrise gesehen.

Zurück nach Deutschland: Was ist die ökonomische Konsequenz der Regulierungen? Welche Auswirkungen auf Realwirtschaft und Beschäftigung sind zu erwarten? Wie wird sich der Außenhandel entwickeln und wie die Investitionen?

Weltweit geht die Wirkung der Konjunkturprogramme zurück, die Krise vieler Euro-Staaten. Nicht nur Länder wie Griechenland, Spanien, Portugal und Irland stehen vor Problemen. Auch Italien, Frankreich, Belgien und die Niederlande stehen vor großen Herausforderungen. Es geht nicht nur um öffentliche, sondern auch um private Verschuldung. Vier der 17 Euro-Länder befinden sich in einer Rezession. Das geringe Wachstum in Deutschland von 0,8% wird im wesentlichen von der Auslandsnachfrage hervorgerufen.

Was sagen aktuelle Prognosen für dieses Jahr? Eine Umfrage der DIHK⁸ prognostiziert einen Stellenaufbau in den Branchen Gesundheit, Gastgewerbe und Tourismus. Dahinter folgen die Branchen IT, Versicherungen sowie Verkehr und Post. Insgesamt sollen 180.000 neue Stellen in diesen Bereichen entstehen.

Der Maschinenbau ist zuversichtlich, die chemische Industrie weniger. Weltweit hat sich das Wachstum in diesem Jahr deutlich abgeschwächt.

Im neuesten Jahresgutachten des SVR⁹ wird eine sinkende Investitionstätigkeit in Deutschland festgestellt. Dies, obwohl wir derzeit sehr günstige Finanzierungsbedingungen haben. Es bleibt die oft gestellte Frage nach einer Kreditklemme.

⁸ Deutscher Industrie- und Handelskammertag.

⁹ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Die Vielzahl von Regulierungsmaßnahmen, die umgesetzt wurden oder noch in der Pipeline sind, haben auf Dauer eine Konsequenz: Sie führen bei den Banken zu einem Deleveraging, einer Bilanzverkürzung und damit Reduzierung der Kreditvergabe. Dies gilt besonders für die neuen Eigenkapitalregeln. Es gibt immer wieder Klagen einzelner Unternehmen, das Kreditvergabeverhalten der Banken habe sich verändert. Noch hat die EZB¹⁰ die Liquiditätsversorgung der Banken auf Volllast gestellt. Die Zahlen geben noch keine Hinweise auf eine Kreditklemme.

Das gilt für den Bank-Landing-Survey der Bundesbank. Das gilt jetzt, in Zukunft wird es hier eine deutliche Veränderung geben.

Eine Reihe von Unternehmen nutzen inzwischen alternative Finanzierungsformen. Sie begeben eigene Anleihen und versuchen sich so von der Kreditfinanzierung der Banken zu lösen.

Man könnte jetzt noch sehr viel weitergehende Spekulationen anstellen. Aber es bleiben Spekulationen. Die Realität hält immer Überraschungen bereit. Ich bin nicht bereit, den Ökonomen zu folgen, die das Problem nicht in ihren Modellen, sondern in der Realität sehen.

1.7 Fazit

Wir leben in einer Zeitenwende. Der Finanzkapitalismus ist nicht mehr das, was er einmal war. Die weitere Entwicklung, die Auswirkung auf Konjunktur und Beschäftigung, wird ganz wesentlich von einer komplexen Vielfalt von Faktoren abhängen. Ein paar mögliche und wahrscheinliche Entwicklungen habe ich skizziert. Aber wie sagte ein Deutscher Denker zu Recht: Es kommt immer ganz anders!

¹⁰ Europäische Zentralbank.

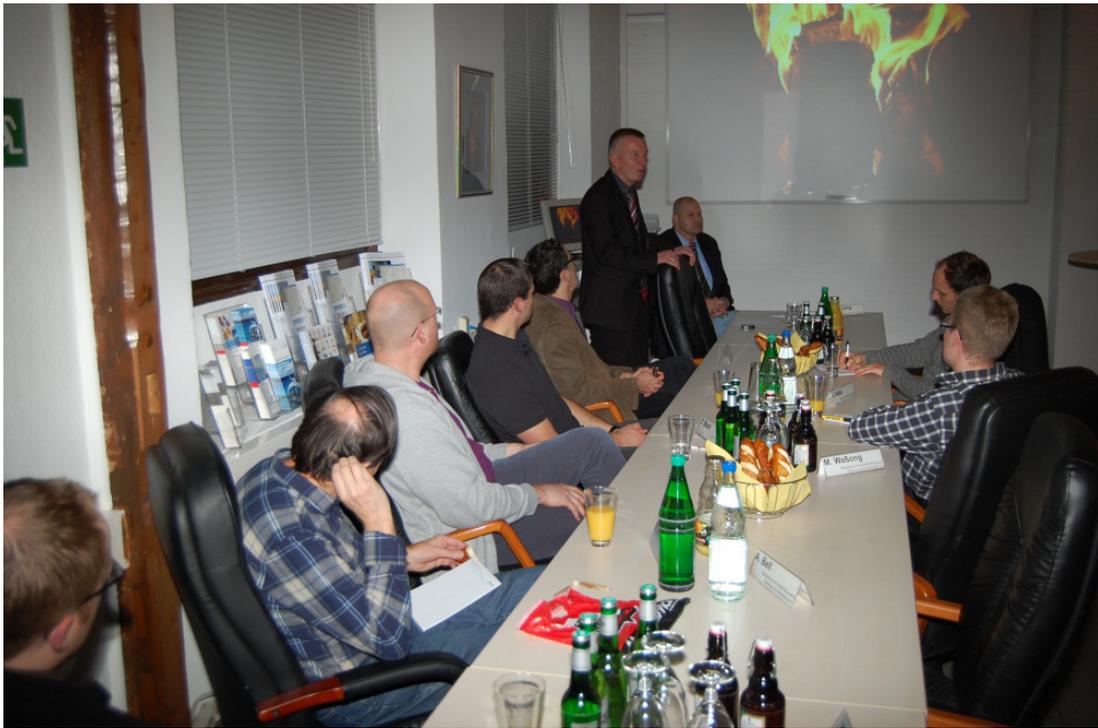


Abb. 1.1 Prof. Dr. rer. pol. Ralf Pieper leitete am 13. November 2012 das 85. Sicherheitswissenschaftlichen Kolloquium thematisch ein und ...



Abb. 1.2 ... Manfred Zöllmer, MdB, skizzierte beim Kolloquium in Wuppertal die Ziele einer vernünftigen Regulierung der internationalen Finanzmärkte.